



Verdienstorden

Köhler adelt Einschulungs-Kampf für behindertes Kind

Bundespräsident Horst Köhler hat eine Mutter mit dem Verdienstorden geehrt, die die Einschulung ihrer behinderten Tochter in eine reguläre Schule durchgesetzt hat. Nach UN-Konvention sollen Behinderte künftig integrativ unterrichtet werden - was das Aus für viele Sonderschulen bedeuten würde.

Von Karl-Heinz Reith, dpa

04.09.2007 17:22 Uhr

BERLIN - Mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik hat Bundespräsident Horst Köhler das Engagement einer Mutter "geadelt", die für die Einschulung ihrer behinderten Tochter in eine normale Grundschule kämpft. Im Bundestag steht bald die Ratifizierung einer neuen UN-Konvention an, mit der sich die Vertragsstaaten verpflichten, Behinderte künftig "ohne Diskriminierung und auf der Grundlage von Chancengleichheit" in einem "integrativem Bildungssystem" zu unterrichten. Dies würde das Aus für viele Sonderschulen bedeuten - doch die Bundesländer reagieren äußerst zurückhaltend.

Über 100 Schulversuche mit dem gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung haben Bund und Länder bis in die 90er Jahre finanziert - überwiegend an Grundschulen. Die Versuche zeigten, dass ein gemeinsamer Lernerfolg ohne Qualitätsabstriche möglich ist, wenn Sonderschullehrer unterstützend in "normalen" Schulen eingesetzt werden. In Bonn wurde sogar erfolgreich ein Glasknochenkind integriert, bei dem jedes Schubsen und Fallen meist komplizierte Krankenhausaufenthalte nach sich ziehen. Auch bei Lernbehinderten zeigten sich nach individueller Förderung durch speziell ausgebildete Lehrer in regulären Schulklassen optimale Ergebnisse.

"Förderschule mit besonderem Schwerpunkt"

Von der klassischen Hilfsschule zur Sonderschule oder - wie es neuerdings in vielen Bundesländern heißt - "Förderschule mit besonderem Schwerpunkt": Die Geschichte des deutschen Sonderschulwesens ist über 100 Jahre alt. Wie in keinem anderem Industriestaat sind in Deutschland Behinderte gleich welcher Art vom normalen Schulbesuch ausgegrenzt. Bei knapp einer halben Million Schüler wird derzeit "sonderpädagogischer Förderbedarf" attestiert. Nur 13 Prozent davon haben die Chance, diesen völlig integriert in einer normalen Schule zusammen mit nicht-behinderten Kindern zu erhalten.

Die von Köhler geehrte Mutter Martina Buchschuster aus Aystetten hat vier Kinder, davon eine Tochter mit Zügen von Autismus. Die Frau ist Rechtsanwältin und gründet

ihren Kampf für den gemeinsamen Unterricht ihrer Tochter mit nicht-behinderten Kindern auf die Menschenrechte, auf das Recht auf Bildung, auf informationelle Selbstbestimmung, auf Identität, auf Teilhabe und Selbstbestimmung, auf das Recht eines jeden Kindes, Kind unter Kindern zu sein. Zudem berät die Anwältin in der Initiative "Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen" andere betroffene Eltern, aber auch Lehrer und Schulverwaltungen.

GEW wertet Auszeichnung als schulpolitische Stellungnahme

Bereits 1994 erkannte Deutschland mit seiner Unterschrift unter der sogenannten Salamanca-Erklärung "die Notwendigkeit und Dringlichkeit" an, Kinder "mit besonderen Förderungsbedürfnissen innerhalb des Regelschulwesens zu unterrichten". Die Kultusminister empfahlen daraufhin, dem Wunsch vieler Eltern nach Förderung ihrer behinderten Kinder auch in allgemeinen Schulen "vermehrt" zu entsprechen. Doch der Anteil dieser Kinder in Integrationsklassen ist heute eher leicht rückläufig.

Mit der Auszeichnung für Buchschuster habe der Bundespräsident "erneut in einer schulpolitisch heiklen Frage Stellung bezogen", sagt die Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marianne Demmer. "Denn die Aussonderung von Menschen mit Behinderungen in 'Sonderschulen' zählt nicht zu den Themen, die in der Öffentlichkeit gern und engagiert diskutiert werden."

Die UN-Konvention, die die Rechte der Behinderten und ihrer Eltern weiter stärkt, ist von der Bundesregierung bereits Ende März unterzeichnet worden und liegt jetzt dem Parlament zur Ratifizierung vor. Demmer sagt: "In der Konsequenz heißt das: Keine Selektion und Sortierung mehr, sondern eine Schule für alle - statt Sonderschulen und zergliedertem Schulwesen." Nach einer Studie könnte sogar Geld gespart werden, wenn alle Sonderschulen in den Landkreisen aufgelöst und die Behinderten in reguläre Schulen integriert würden.